

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2010



Regieren ist nicht immer halb so schön...

Regieren ist nicht halb so schön wie mancher sich das in der Opposition vorstellt. Der Kalauer stammt aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aber er wird heute noch gern herungereicht, wenn sich Parlamentarier unterschiedlicher Fraktionen des Bundestages parteiübergreifend zu einem entspannenden Glas Bier treffen.

Die Freien Demokraten werden gerade daran erinnert, was der Unterschied zwischen Regierungsfraktion und Opposition je nach politischer Lage und wirtschaftlichen Verhältnissen bedeuten kann. Die Liberalen wären keine Liberalen, wenn sie nicht – in vollem Ernst und aus tiefer Überzeugung – den Bürgern und der Wirtschaft eine Steuersenkung in Aussicht gestellt hätten. Das war kein vorgeschobenes Versprechen. Das entspricht der Auffassung des Liberalismus vom angemessenen Verhältnis zwischen den Bürgern und ihrem Staat. Der Staat ist kurz zu halten, denn er hantiert mit dem Geld der Bürger. Das ist ein ökonomisch kluges Prinzip. Es dient der Sparsamkeit und auch der Freiheit der Bürger.

Nun aber stellt sich die Frage, was aus der Freiheit der Bürger würde, wenn die Schuldenberge des Staates durch eine Steuersenkung noch größer würden. Gewiss, der Staat könnte damit Ausgaben finanzieren, die den Bürgern nicht nur gefallen, sondern ihnen auch nützlich sind: Bildung für die Kinder, Energie für die Wirtschaft, Umweltschutz für ein gesünderes Leben. Aber gehört es zu einem wohlverstandenen Freiheitsverständnis, wenn die Zukunft hinter Schuldenbergen verschwindet, von denen man sich nicht vorstellen kann, das sie je abgetragen werden können?

Die Liberalen bestehen dennoch auf Steuersenkungen, und sie versprechen, alles daran zu setzen, die Schuldenberge nicht weiter wachsen zu lassen. Aber so forsch und frohgemut wie im Wahlkampf klingt ihr Versprechen nicht mehr. Regieren ist eben bisweilen nicht immer halb so schön...

Hans D. Barbier

Wirtschaft schrumpft, Staatsdefizit wächst

Die deutsche Wirtschaft schrumpfte 2009 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um fünf Prozent: die stärkste Rezession der Nachkriegszeit. Zwei Drittel des Produktionsrückgangs gingen dabei auf das Konto des Außenhandels. Während die Einfuhren „nur“ knapp neun Prozent geringer als im Vorjahr ausfielen, lagen die Ausfuhren etwa 15 Prozent unter dem Vorjahreswert. Parallel zum Exporteinbruch gingen die Ausrüstungsinvestitionen im Inland um 20 Prozent zurück. Dies verdeutlicht, wie abhängig deutsche Unternehmen von der konjunkturellen Lage der Weltwirtschaft sind.

Positive Wachstumsbeiträge kamen lediglich vonseiten des Konsums: Der private Konsum wuchs um 0,5 Prozent; die Konsumausgaben des Staates nahmen um 4,5 Prozent zu. Ausschlaggebend für den hohen Zuwachs des staatlichen Konsums war die Krisenpolitik der bis September 2009 amtierenden Großen Koalition.

Die Konjunktur- und Bankenrettungspakete der Regierung tragen nun allerdings maßgeblich dazu bei, das Finanzierungsdefizit des Staates auf 77,2 Milliarden € bzw. 3,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – und damit über die im Maastricht-Vertrag verankerte Drei-Prozent-Grenze – zu

treiben. 2008, im Jahr des Krisenbeginns, lag das Defizit bei knapp 20 Milliarden €.

www.destatis.de

Krisenende durch statistische Effekte

Freude über Freude, wenn angesichts der Krise positive Wirtschaftszahlen gemeldet werden. Manche Schlagzeile in den Medien ruft dann sogar schon das Ende der Krise aus. Nur gibt es bedauerlicherweise Erholungen, die lediglich statistisch als solche erscheinen:

■ Die aktuellen Statistiken betreffen Zeitpunkte, an denen die stärksten Einbrüche vorüber waren. Da besagt ein kleiner Zuwachs oder ein vermeintlich geringes Minus wenig. Beispiel dafür sind die jüngsten Exportwerte: Zwar sind die Exporte im November 2009 nur noch um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gefallen – und gegenüber dem Vormonat sogar um 1,6 Prozent leicht gestiegen –, doch im Vergleich zum Vorkrisen-November 2007 zeigt sich ein Rückgang um dramatische 15,7 Prozent. Der deutsche Export bleibt demnach im Zwei-Jahres-Vergleich – übrigens in allen Monaten seit Januar 2009 – im Keller.

■ Da Deutschland hauptsächlich Konsumgüter und Energie (Gas; Erdöl) importiert und die Konsumenten mit einem Sparkurs auf die Krise reagieren und weniger

Importwaren nachfragen, sinken die Importzahlen. Das fällt in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) aber positiv aus, denn hier zählt das Saldo zwischen Export und Import. Obwohl der Verbrauch importierter Waren krisenbedingt abnimmt, ist das ein Wachstumsbeitrag. In den bisher gemeldeten ersten zwei Monaten des 4. Quartals 2009 stiegen die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,5 Prozent, die Einfuhren sanken dagegen um 6,8 Prozent. In der VGR für das 4. Quartal 2009 wird sich das in einem positiven Außenbeitrag zeigen.

■ Fast alle Volkswirtschaften werden derzeit gepöppelt: sei es durch Konjunkturpakete der Regierungen, sei es durch „billiges“ Geld von den Notenbanken – oder durch beides. Auch das erzeugt künstliche Wachstumsimpulse. So trugen die höheren Staatsausgaben der Bundesregierung im dritten Quartal 2009 zum deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) 0,4 Prozent bei. Das BIP wäre sonst im Vorjahresvergleich um 0,2 Prozent gesunken. Dieser Effekt wird entfallen, sobald die Staatsausgaben wieder sinken, weil Staatsverschuldung und/oder Inflation das erzwingen.

Ob die deutsche Volkswirtschaft auf eigenen Beinen steht und die Krise überwunden ist, wird sich also erst zeigen, wenn diese und andere statistische Effekte nicht mehr ins Gewicht fallen. Noch ist ein „selbsttragender Aufschwung“ allerdings nicht in Sicht.

Wachstum? Ja, aber...

Regierung, Unternehmen, Wissenschaft – sie alle hoffen, dass die deutsche Wirtschaft nach dem drastischen Einbruch des vergangenen Jahres schnellstmöglich wieder wächst. Doch der Wunsch nach Wachstum hat auch Kritiker: Warum soll eine entwickelte Wirtschaft wie die in Deutschland überhaupt wachsen?

Was ist „Wachstum“? Der Maßstab, mit dem die Leistung einer Volkswirtschaft gemessen wird, ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das Wirtschaftswachstum beschreibt die Änderung des BIP eines Landes. Es errechnet sich aus der Summe der Preise aller produzierten Güter und Dienstleistungen in einer Zeitperiode.

Die BIP-Berechnung für Deutschland ist Aufgabe des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Dort addieren die Statistiker Quartal für Quartal die entsprechenden Zahlen: von Autoreparaturen über Baugenehmigungen bis zu Zahnkorrekturen. Alles, für das ein Preis bezahlt wird, geht in die Addition ein. Übersteigt die Summe den Wert der vorangegangenen Periode, gab es Wachstum. Wenn nicht – das war in Deutschland mit minus fünf Prozent im abgelaufenen Jahr 2009 besonders dramatisch –, dann ist die Volkswirtschaft geschrumpft.

Wachstum und Wohlstand

Statistiken, zum Beispiel die des Internationalen Währungsfonds, weisen für Deutschland ein BIP je Einwohner von gut 44 700 US-\$ im Jahr 2008 aus. In der Volksrepublik China – dort wächst die Volkswirtschaft seit Jahren mit zweistelligen Raten – erreichte man in dem

Jahr rund 3 250 US-\$ pro Kopf. Bezogen darauf, was man sich mit einem US-\$ im jeweiligen Land kaufen kann, schrumpft der Unterschied nur unwesentlich. Die Differenz zwischen dem BIP pro Kopf in den beiden Ländern belegt deutlich die unterschiedlichen Wohlstandsniveaus beider Staaten.

BIP und Nachhaltigkeit

Das BIP ist eine simple und durchschaubare, zugleich aber auch unzulängliche Maßzahl: Wer einen Chauffeur oder ein Kindermädchen beschäftigt und bezahlt, steigert das BIP. Wer Fahrdienste und Kinderbetreuung selber erledigt, nicht. Das hat den paradoxen Effekt, dass eine Wirtschaft wächst, wenn Haushaltsarbeiten an Dritte vergeben werden, obwohl das, was an Dienstleistungen erbracht wird, konstant bleibt, der Wohlstand sich somit nicht vergrößert.

Unberücksichtigt bleibt beim BIP auch, ob „nachhaltig“ gewirtschaftet wurde oder nur mittels kurzsichtiger Ausbeutung endlicher Rohstoffe: Die eingesetzten Ressourcen für die Produktion sind unwiderruflich verloren und können nicht ersetzt werden.

Doch dank der Findigkeit der Menschen ist es inzwischen gelungen, die Umwelt zu schonen und trotzdem

Wachstum zu schaffen: Obwohl der Wohlstand in Deutschland gestiegen ist, sind Ölverbrauch und Schadstoffausstoß gesunken. Heute benötigt man rein rechnerisch für die Produktion einer „Wirtschaftseinheit“ rund 15 Prozent weniger an Energie als noch zu Beginn der 1990er Jahre. Im selben Zeitraum stieg das BIP um mehr als 30 Prozent. Darin spiegeln sich Fortschritte in der Wärme- und Energietechnik wider, zum Beispiel bei energiesparenden und abgasreduzierten Heizanlagen und schwefelfreiem Heizöl.

Auch der weltweite Klimawandel wird das Wachstum kaum bremsen. Der Umbau von Energiegewinnung und Energieverwendung – weg von den Treibhausgasen, hin zu umweltfreundlicheren Methoden – ist gewiss nicht umsonst zu haben. Kosten zwischen einem und zwei Prozent des jährlichen Weltbruttoinlandsprodukts veranschlagt beispielsweise der britische Ökonom Sir Nikolas Stern. Die weltweite Wirtschaftsleistung beträgt derzeit rund 50 Billionen US-\$; dann wären eine halbe bis eine Billion jährlich fällig. Aber das Geld ist als eine Art Versicherungsprämie gegen Klimarisiken gut angelegt. Die Gegenrechnung im sogenannten Stern-Report ist ebenso einleuchtend: Wird



„So mancher Begüterte scheint in seiner persönlichen äußeren Lebensführung nur allzu leicht zu vergessen, dass der Wohlstand wohl eine Grundlage, nicht aber das Leitbild unserer Lebensgestaltung schlechthin ist.“

Ludwig Erhard

nichts getan, soll der Klimawandel zwischen fünf und 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts kosten.

Welt ohne Wachstum?

Dass der Prozess des steten Wirtschaftswachstums irgendwann an ein natürliches Ende kommen wird, haben Theoretiker immer wieder behauptet und prognostiziert. Ihre Vorhersagen wurden bislang von der wirtschaftlichen Entwicklung widerlegt.

Sicherlich ist eine Weltwirtschaft denkbar, die auf Wachstum verzichtet. In ihr ließe sich auch die Produktivität verbessern, wenn Arbeit und Kapital effizienter eingesetzt würden, um dieselben Güter wie bisher zu produzieren. Aber jeder, der sich in dieser Wirtschaft mit neuen Ideen als Unternehmer betätigen wollte – und jeder, der mitarbeiten und verdienen wollte –, müsste sich das entweder verkneifen, oder der Pionierunternehmer müsste jemanden finden, der freiwillig auf seine wirtschaftlichen Aktivitäten verzichtet. Andernfalls würde ja Wachstum entstehen. Mit anderen Worten: Eine Welt ohne Wachstum wäre eine Welt ohne Neuerungen und Fortschritte, eine Welt, die schlimmstenfalls in permanenten Verteilungskämpfen steckt.

Was ebenfalls nicht bedacht wird: Staatliche Leistungen werden immer durch die Steuern der Bürger finanziert. Reichen bisher gezahlte Steuern nicht aus und will die Regierung auf Steuererhöhungen aus Prestige- oder anderen Gründen verzichten, bleibt der Regierung nur ein

Weg, an Geld zu kommen: Schulden machen. Doch die Schulden von heute müssen morgen oder übermorgen zurückgezahlt werden, mit Zins und Zinseszins. Das geht aber nur, wenn zuvor etwas erwirtschaftet wurde. Ein Staat ist auf Wachstum angewiesen, und das umso mehr, wenn er die Kluft zwischen Arm und Reich verringern will und öffentliche Leistungen – von Sozialsystemen über Kindergärten, Schulen und Straßen – bereit halten möchte.

Glück statt Wohlstand?

Mit dieser Denkweise werde das Wirtschaftswachstum verabsolutiert, sagen Kritiker. Geld macht nicht glücklich, sagt ja auch der Volksmund. Bezogen auf reiche Gesellschaften wie die deutsche, steckt Wahres darin: Seit 1950 ist die Wirtschaftsleistung fast permanent gewachsen, und mit ihr der Wohlstand. Glücklicher sind die Deutschen diversen Umfragen zufolge aber nicht geworden. Sie sind heute so zufrieden wie in den 1970er Jahren. Dabei können sich inzwischen fast ausnahmslos alle Bürger – Waschmaschinen, Kühlschränke, Handys oder Fernseher mit einem Komfort leisten, der vor dreißig, vierzig Jahren unvorstellbar war.

Die Erklärung der Forscher: Menschen nehmen offenbar ihr jeweiliges Wohlstandsniveau als selbstverständlich hin. Glück und Unglück bemessen sich stärker an der Differenz als am absoluten Niveau. Geht es anderen in der Nachbarschaft besser als einem selbst, wird der „Benachteiligte“ unzufrieden

– sogar dann, wenn das eigene Wohlstandsniveau über dem Durchschnitt liegt. Helikopterskiing in Kanada ist gleich doppelt schön, wenn der Nachbar nur in den bayerischen Alpen auf seinen Skiern herumrutschen kann.

Deshalb fordern manche Regierungen und Ökonomen – zum Beispiel in England und Frankreich –, das BIP durch eine Art „Wohlergehensindikator“ zu ersetzen. Glück und Zufriedenheit sollen künftig die angemesseneren Größen für Fortschritt und Wohlstand sein.

Ohne Zweifel sind Gesundheit, persönliche Freiheit und Ähnliches vielen wichtiger als materieller Wohlstand. Der Versuch, von Regierungskommissionen prüfen zu lassen, ob und wie das Glück ihrer Bürger befördert oder behindert wird, ist allerdings mehr als dubios. Wie weit ist der Weg vom Glücksindikator hin zur „Glücksplanung“ durch eine staatliche Behörde?

Der britische Glücksökonom Richard Layard beispielsweise fordert ernsthaft, der Staat solle die Steuern so stark anheben, dass sich Arbeit weniger lohnt. Der Staat soll die Menschen zu ihrem Glück zwingen und das Wachstum, das ja ohnehin nicht zufrieden macht, kleiner ausfallen lassen. Doch eine Glücksdiktatur kann keinesfalls der Weisheit letzter Schluss sein!

Wachstumsbeschleunigung per Gesetz?

Keine Frage, weniger zu arbeiten kann ein verständlicher und legitimer individueller Wunsch sein. Das zu

einem gesamtgesellschaftlichen Ziel zu erklären, wäre angesichts von offiziell 3,2 Millionen Arbeitslosen in Deutschland sowie einem hohen Anteil von Beschäftigten, die unfreiwillig Mini-, Aushilfs- oder sonstige Teilzeitsjobs haben, schlicht unsozial.

Der Staat kann Einfluss auf das Wirtschaftswachstum nehmen. Wer für sich reklamiert, Wirtschaftspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zu betreiben, sollte zum Beispiel sicherstellen, dass das Wirtschaftswachstum nicht zu stark schwankt und dass eine Verstetigung des Wirtschaftsverlaufs erreicht wird. Eine solche Wirtschaftspolitik hätte darauf zu achten, dass kein Teil der Bevölkerung von Wohlstandszuwächsen dauerhaft ausgeschlossen bleibt. Und eine Regierung, die sich in der Nachfolge von Ludwig Erhard sieht, müsste gewährleisten, dass die Art und Weise, wie gewirtschaftet wird, nicht die Produktions- und Konsumfähigkeit künftiger Generationen beschneidet.

Ansonsten bleibt es allein den Wirtschaftenden überlassen, wie viel sie tun oder lassen wollen. Erst in der Summe der einzelnen Lebensentwürfe entsteht das Wachstum, das wiederum das Wohlstandsniveau bestimmt. Wachstum von staatlicher Seite zu erzwingen, womöglich durch ein Gesetz wie das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das Mitte Dezember 2009 von der Bundesregierung beschlossen wurde, hat mit Sozialer Marktwirtschaft dagegen nichts zu tun.

Andreas Schirmer

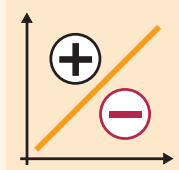


„Für mich ist eben nicht die Gerechtigkeit erfüllt, wenn wir heute in einem unbekanntem Ausmaß auf Kosten der jungen Generation leben, indem wir 40 Milliarden € und mehr Schulden machen. Das ist eine Versündigung an den Interessen der zukünftigen Generation.“
Angela Merkel (im Frühsommer 2005)

IM KLARTEXT

Januar 2010

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2010

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung +

Die Zahl der offiziell gemeldeten Arbeitslosen ist im Dezember 2009 um 60 000 auf knapp 3,3 Millionen gestiegen. Das waren rund 173 500 mehr als im Vorjahresvergleich. Im Jahresdurchschnitt 2009 zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 3,4 Millionen Arbeitslose. Das waren 155 000 mehr als im Jahr

Arbeitslosen, als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise befürchtet. Noch im Sommer 2009 wurden zum Jahresende mit bis zu vier Millionen Arbeitslosen gerechnet.

Eigenverantwortung -

Um die private Altersvorsorge voranzutreiben, bezuschusst der Staat das Riester-Sparen. Viele Riester-Sparer lassen die Zulage aber verfallen. Die Fondsgesellschaft Union Investment teilte vor wenigen Tagen mit, dass 18 Prozent ihrer Berechtigten für das Jahr 2007 keinen Zuschussantrag gestellt hätten. Die Anträge hätten bis spätestens Ende

2009 eingereicht werden müssen, danach verfällt der Anspruch. Union Investment hat ausgerechnet, dass allein ihre Anleger 48 Millionen € nicht beansprucht hätten. Die Fondsgesellschaft versucht – wie andere Gesellschaften auch –, ihre Kunden auf den Anspruch hinzuweisen. Schließlich fehlen die Zulagen in Millionenhöhe auch in den Bilanzen der Fondsgesellschaften. Allerdings: Selbstverantwortlich handeln bedeutet, auch ohne staatliche Hilfe auszukommen.

Geldwertstabilität +

Die Zahl der Zwangsversteigerungen ist 2009 gegenüber dem Vorjahr leicht auf 86 600 gesunken. Die Summe der amtlich festgesetzten Verkehrswerte der Immobilien lag bei rund 15 Milliarden €; das waren rund 285 Millionen € weniger als im Jahr zuvor. Doch mehr als eine leichte Entwarnung wollen die Immobilienexperten nicht geben: Wenn das krisenbedingte Konjunkturtief 2010 andauere, sei ein Anstieg bei der Zahl der Zwangsversteigerungen unausweichlich.

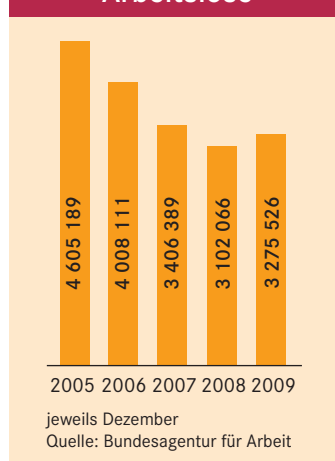
Zwangsversteigerung

	Anzahl der Versteigerungen	Verkehrswerte in Mrd. €
2000	57 600	13,0
2001	79 800	15,8
2002	87 800	18,0
2003	91 700	18,0
2004	92 300	18,8
2005	92 577	18,3
2006	91 036	17,4
2007	91 788	16,5
2008	88 379	15,4
2009	86 617	15,1

Quelle: Argetra GmbH

Wer durch Zwangsversteigerung die eigenen „vier Wände“ verliert, verliert eventuell mehrfach. Allem voran steht der Verlust der Wohnung und ein Vermögensverlust, denn die in Gerichtsverfahren festgesetzten Verkehrswerte der Immobilien liegen bei einer Zwangsversteigerung regelmäßig weit unterhalb des Marktwertes. Wurde Haus oder Wohnung kreditfinanziert, bleiben oftmals Schulden übrig. Zur Mietzahlung für die neue Wohnung muss zusätzlich die Restschuld für die zwangsversteigerte Immobilie bewältigt werden.

Arbeitslose



2008. Der aus BA-Sicht eher moderate Anstieg sei unter anderem der starken Nutzung der Kurzarbeit zu verdanken. Deutschland beendet das Jahr 2009 also mit weitaus weniger

Riester-Rente

Verträge in Tausend	
2001	1 400
2002	3 371
2003	3 924
2004	4 189
2005	5 630
2006	8 050
2007	10 757
2008	12 147
2009*	12 641

* Stand September 2009

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: CDU (außen)
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard